

Lernen aus Corona – Keine vorschnelle Wiedereröffnung der Schulen

Hygienische Standards herstellen

Chancenungleichheit nicht verstärken

Zentrale Prüfungen aussetzen

Die Covid-Pandemie und die daraus resultierende weitgehende Schließung unserer Bildungseinrichtungen stellt alle Beteiligten, Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern vor eine enorme Herausforderung. Sie hat abrupt unsere normale Lebensführung unterbrochen.

Die Pandemie und die noch ungewisse Rückkehr in unser normales Leben sorgen zugleich dafür, dass sich eine starke Verunsicherung in den Bildungseinrichtungen bei allen Beteiligten verbreitet. Wann geht es wieder los? Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit Gesundheit- und Infektionsschutz gegeben sind? Finden Prüfungen statt und wenn ja, wie bereiten wir uns darauf vor? Mit welchen Gruppen geht die Arbeit in den Schulen wieder los? Wie können organisatorische Herausforderungen von Schulen und Schulträgern gemeistert werden? Wie werden alle Menschen der Schulgemeinschaft, insbesondere die einer Risikogruppe angehören geschützt und beteiligt?

Diese und viele weitere Fragen zeigen, dass noch sehr viel ungeklärt und offen ist. Letztlich muss jetzt politisch entschieden und politisch verantwortet werden, wie es an den Schulen weiter geht. Wissenschaftliche Expertise muss dabei die Entscheidungsgrundlage sein.

Die Unterzeichner haben sich gemeinsam dieser Situation gestellt und fordern Klarstellung und Perspektiven von der Politik.

- Die Einschätzungen des Robert-Koch-Instituts müssen handlungsleitend sein. Standards für Hygiene und Infektionsschutz müssen transparent und veröffentlicht sein sowie nachvollziehbar umgesetzt werden.
- Schulen können nur wieder öffnen, wenn Hygiene und Infektionsschutz für alle Beteiligten gewährleistet werden. Dazu gehören aus Sicht der Unterzeichnenden mindestens die Bereitstellung von ausreichend Waschbecken, Seife und Einmalhandtücher, sowie Desinfektionsmittel und Toiletten mit entsprechender hygienischer Ausstattung. Erforderlich ist eine angepasste Reinigung nach entsprechenden Standards des Infektionsschutzes, Regeln für regelmäßigen Luftaustausch wenn empfohlen Schutzmasken für Beschäftigte und Schüler*innen. Hierfür brauchen Schulen Hygienekonzepte in Abstimmung mit Schulaufsicht und Schulträger und unter Verantwortung des lokalen Gesundheitsamtes. Menschen, die einer Risikogruppe angehören oder entsprechende Angehörige haben, bedürfen eines besonderen Schutzes.
- Die Schulen sind für die Schüler*innen heute Lern- und Lebensraum. Das vordringliche Ziel muss es deshalb sein, die Schule wieder für **alle** Schüler*innen zu öffnen. Schüler*innen mit Förderbedarf und deren Familien bedürfen einer verstärkten Unterstützung, Schulbegleitungen müssen ermöglicht werden. Die

Öffnung wird nur schrittweise möglich sein und stellt die Schulen vor große organisatorische Herausforderungen. Hierzu brauchen die Schulen und die Eltern schnellstmöglich konkrete Vorgaben und Hinweise. Der stufenweise Einstieg muss für alle Beteiligten leistbar sein.

- Um die oben genannten Bedingungen zu erfüllen, brauchen die Schulen und die Schulträger Zeit. Es ist unabdingbar, dass sie mindestens eine volle Woche (7 Tage) vorher erfahren, wie und wann der Schulbetrieb wiederbeginnen soll. Schulträger müssen die hygienischen Standards herstellen können und beispielsweise den Reinigungsbetrieb verändern, den Schulwegeverkehr wieder aufnehmen und an veränderte Unterrichtszeiten und Hygienestandards anpassen. Schulen müssen beispielsweise Laufwege überlegen und kennzeichnen, Unterricht und Betreuung organisieren.
- Der schrittweise Wiedereinstieg in den Schul- und Unterrichtsbetrieb stellt eine enorme Kraftanstrengung für die Schulen dar. Zentrale Prüfungen sind schon parallel zum regulären Schulbetrieb eine Herausforderung, die regelmäßig mit Unterrichtsausfall und besonderer Belastung der Lehrkräfte verbunden ist. Aus unserer Sicht kann es im Schuljahr 2019/20 keine Prüfungen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen mehr geben (z.B. ZP 10 und Abitur). Schüler*innen können sich nach wie vor nur sehr unterschiedlich auf die Prüfungen vorbereiten. Eine Durchführung der Prüfungen bei laufendem Unterricht ist nicht realisierbar. Der Aufwand für dezentrale Prüfungen ist weder leistbar noch verhältnismäßig. Eine weitere Verschiebung der Prüfungen ist keine Option. Die bundesweite Anerkennung des jeweiligen Abschlusses ohne Prüfungen ist zwingend notwendig.
- Unabhängig von zentralen Prüfungen dürfen Schüler*innen insgesamt als Folge der Corona-Pandemie keinerlei Nachteile entstehen. Schullaufbahnen müssen gesichert werden.
- In der Zeit der Schließung der Schulen sind die ungleichen Bildungschancen für Kinder und Jugendliche extrem deutlich zu Tage getreten und verstärkt worden. Kinder und Jugendliche, die kein eigenes digitales Endgerät, zuhause keine lernförderlichen Strukturen vorfinden, die sich ein Zimmer mit mehreren Geschwistern teilen, deren Familiensprache nicht Deutsch ist oder deren Familien Existenzängste haben, haben eben **nicht** die gleichen Bildungschancen wie andere.
- Die Coronakrise lässt gesellschaftliche Missstände deutlich in den Blick treten. Es ist Aufgabe der Landesregierung und der Schulträger schnell gezielte und umfassende Maßnahmen zu ergreifen. Darum müssen Schulen, die besondere Bedarfe haben, vorrangig unterstützt werden. Bei Schüler*innen und allen Beschäftigten fehlen dienstliche Endgeräte und Kommunikationsplattformen zum rechtssicheren Austausch untereinander. Schulen fehlen die entsprechenden Konzepte. Hier muss dringend nachgerüstet werden.